

Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg: Auswertung der Wahlprüfsteine

Wie stehen Grüne, SPD, CDU, Linke, FDP und AfD zu den Anliegen der Bibliotheken in Baden-Württemberg?

Sechs Fragen haben die Parteien vom Landesverband Baden-Württemberg im Deutschen Bibliotheksverband e.V. und dem Berufsverband Information Bildung e.V. erhalten. Bis auf die AfD haben alle geantwortet.

Bibliotheken als Weiterbildungsträger

Der Landesverband Baden-Württemberg im Deutschen Bibliotheksverband e.V. und der Berufsverband Information Bildung e.V. fordern in ihren Wahlprüfsteinen die Anerkennung von Bibliotheken als Weiterbildungsträger. Die Grünen sehen es als wichtige Aufgabe zu prüfen, ob eine Trennung zwischen Weiterbildungseinrichtungen einerseits und Bibliotheken auf der anderen Seite, wie es das „Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens“ (WeitBiFöG BW) von 1980 vorsieht, noch zeitgemäß ist. Die Linke möchte einheitliche Qualitäts- und Bildungsstandards für alle Weiterbildungsträger schaffen. Wenn die Bibliotheken diese erfüllen, heißen sie deren Anerkennung als Weiterbildungsträger für gut. Die CDU macht eine mögliche Anerkennung von der Haushaltslage und damit der Finanzierbarkeit abhängig. SPD und FDP möchten an der Unterscheidung zwischen Bibliotheken und Weiterbildungsträgern fest halten. Die FDP möchte für Bibliotheken aber Fördermöglichkeiten für Weiterbildungsangebote bereitstellen.

Rechtliche Absicherung für Bibliotheken

Die Linke positioniert sich klar für ein Bibliotheksgesetz auf Bundes- und Länderebene. Die Grünen geben an, dass sie eine Überarbeitung des Weiterbildungsförderungsgesetzes für angebracht halten. Die SPD hält es für notwendig über die künftige Rolle der Öffentlichen Bibliotheken, vor allem im Hinblick auf das Thema Digitalisierung, mit den Kommunen in Dialog zu treten. In diesem Kontext sei auch das Thema Bibliotheksgesetz zu verorten. Auch die CDU macht deutlich, dass ein Bibliotheksgesetz nur in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht werden kann. Die Kommunen müssten die Aufgabenstellung für Bibliotheken definieren. Einzig die FDP hält ein Bibliotheksgesetz nicht für notwendig.

Landesförderung für Bibliotheken

Die Frage nach einer finanziellen Förderung von Bibliotheken durch das Land möchten die Grünen prüfen. Die CDU kann sich eine anteilige Finanzierung von Bibliotheken durch das Land vorstellen. SPD, Linke und FDP betonen, dass die Verantwortung für eine adäquate Ausstattung der Bibliotheken bei den jeweiligen Kommunen bzw. Trägern liegt. Die Linken halten aber eine explizite Landesförderung für Sonderprogramme, z.B. bei den Themen Medienbildung oder Willkommenskultur für notwendig.

Beratungsstelle für Schulbibliotheken

Die Frage nach der Notwendigkeit einer zentralen Beratungsstelle für Schulbibliotheken in Baden-Württemberg beantworten Grüne, CDU und Linke einheitlich: Sie erachten eine zentrale Beratungsstelle für Schulbibliotheken für sinnvoll. Die SPD sieht bei dieser Frage die kommunalen Landesverbände in der Verantwortung, da die Schulträger in der Regel die Städte und Gemeinden sowie die Land- und Stadtkreise sind. Ähnlich sieht dies die FDP. Sie spricht sich für enge Kooperationen zwischen Schulen und Bibliotheken aus.

Förderung von Bibliotheken im Bereich Willkommenskultur

Einer möglichen finanziellen Unterstützung bei der Stärkung von Bibliotheken im Bereich Integration und Willkommenskultur erteilen Grüne, SPD und FDP eine klare Absage. Sie verweisen auf Projektgelder bzw. Fördermittel, die Bibliotheken beantragen können. Die FDP

sieht die Verantwortung bei den Kommunen. Sie sollen die Landesmittel so verwenden, wie sie es für bedarfsgerecht erachten. CDU und Linke machen keine konkreten Angaben.

Bibliotheken als Träger der außerschulischen Jugendbildung

Ob Bibliotheken mit ihren vielfältigen Angeboten für Kinder und Jugendliche als Träger der Weiterbildung anerkannt werden können, möchten Grüne, SPD und Linke prüfen. Die CDU sieht Bibliotheken eher als Weiterbildungsträger. Die FDP möchte keine Anerkennung der Bibliotheken als Träger der außerschulischen Jugendbildung.